

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(17. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Kretschmer, Katherina Reiche,
Dr. Maria Böhmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/4721 –**

Forschung an Hochschulen durch Vollkostenfinanzierung verbessern

A. Problem

Die Antragsteller gehen davon aus, dass die deutschen Hochschulen chronisch unterfinanziert sind. In diesem Zusammenhang haben die Drittmittel für die Hochschulen in den vergangenen 20 Jahren kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Aber gegenwärtig belasten gerade erfolgreiche Hochschulen, die besonders viele Drittmittel gewinnen, ihren Etat überproportional. Die indirekten Kosten für die Infrastruktur könnten oft nicht aus den Drittmitteln erbracht, sondern müssten über die zunehmend geringer werdende Grundfinanzierung abgedeckt werden. Die drittmittelstärksten Hochschulen „siegt“ sich somit buchstäblich zugrunde, weil sie die erforderliche Grundfinanzierung für die Forschungsprojekte oft nicht mehr aufbringen könnten und an ihre finanzielle Leistungsgrenze stießen.

Deutschland müsse deshalb wie andere Länder dazu übergehen, nicht nur die direkten Forschungskosten zu tragen, sondern mit einem „Overhead-Bonus“ auch die Kosten mitzufinanzieren, die im Zuge von Drittmittelprojekten als Infrastrukturkosten zum Beispiel als Betriebskosten, für Geräteanschaffungen und -wartungen, für Verwaltungsaufwendungen und Personalausgaben entstehen.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/
CSU und FDP**

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 15/4721.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/4721 – abzulehnen.

Berlin, den 14. April 2005

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Stv. Vorsitzende

Ute Berg
Berichterstatterin

Michael Kretschmer
Berichterstatter

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

Ulrike Flach
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Ute Berg, Michael Kretschmer, Hans-Josef Fell und Ulrike Flach

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/4721 in seiner 157. Sitzung am 17. Februar 2005 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit sowie den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Vor dem Hintergrund einer Schilderung der angespannten finanziellen Lage der Hochschulen und des damit im Zusammenhang stehenden Anstiegs der Bedeutung der Drittmittelforschung schildern die Antragsteller, dass Einnahmen aus der Drittmittelforschung wegen der bisherigen Nichtberücksichtigung der notwendigen Infrastrukturkosten zu einer erheblichen Gesamtkostenbelastung der Universitäten führen. Ein Ausweg aus dieser Situation sei es, wie in anderen Ländern, nicht nur die direkten Forschungskosten zu zahlen, sondern mit einem „Overhead-Bonus“ auch die Kosten mitzufinanzieren, die im Zuge von Drittmittelprojekten als Infrastrukturkosten zum Beispiel als Betriebskosten, für Geräteanschaffungen und -wartungen, für Verwaltungsaufwendungen und Personalausgaben entstehen.

Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, die projektbezogene Forschungsförderung an deutschen Hochschulen auf eine Vollkostenfinanzierung umzustellen. Der Bund soll dazu eine Infrastrukturzulage als „Overhead-Bonus“ einführen, die sich an der Summe der bewilligten Drittmittel orientiert. Dieser „Overhead-Bonus“ solle zunächst 20 Prozent der Drittmittel-Bewilligungssumme umfassen und zusätzlich zur Sachmittelbeihilfe der Deutschen Forschungsgemeinschaft gewährt und durch sie zugewiesen werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Die mitberatenden Ausschüsse haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat die Vorlage in seiner Sitzung am 9. März 2005 beraten und empfiehlt:

Ablehnung des Antrags – Drucksache 15/4721 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und FDP.

Die Fraktion der SPD hält es für widersprüchlich, dass die Fraktion der CDU/CSU einerseits den Bund auffordere, deutlich mehr in die Forschungsförderung an den Hochschulen zu investieren, andererseits solle sich der Bund zugunsten der Länder weitgehend aus der Hochschulpolitik zurückziehen.

Der Antrag hätte nur dann eine gewisse Logik, wenn die Fraktion der CDU/CSU gefordert hätte, dem Bund mehr Entscheidungskompetenzen im Hochschulbereich zu geben und damit eine Verpflichtung zu einem größeren Finanzierungsanteil zu verbinden. Der Bund beteilige sich über Drittmittel, Projektförderung, die Hochschulbaufinanzierung und die Förderung von Großgeräten schon zu einem großen Teil an der Finanzierung von Forschung an Hochschulen. Hieran halte die Bundesregierung trotz der schwierigen Haushaltslage fest. Dies verlange allerdings die Streichungen von Subventionen.

Um dem Ziel einer besseren Forschungsförderung gerecht zu werden, sollte die Union den Pakt für Hochschulen unterstützen, der den außeruniversitären Forschungsinstituten eine langfristige Finanzierungssicherheit gebe.

Die Fraktion der SPD weist die Behauptung zurück, der Bund würde sich immer mehr aus seinem Engagement für die Hochschulen zurückziehen. Dies sei nicht der Fall, denn seit 1998 habe der Bund seine Ausgaben für Hochschulen um 23 Prozent gesteigert (ohne BAföG). Selbst bei der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau seien die Mittel von 1998 bis 2003 um 15 Prozent erhöht worden. Sogar mit der Rücknahme des Ansatzes liege man immer noch auf dem Wert von vor dem Regierungswechsel im Jahre 1998. Der Antrag müsse abgelehnt werden, solange die Union der Abschaffung der Eigenheimzulage nicht zustimme.

Von Seiten der Fraktion der CDU/CSU wird betont, dass es bei dieser Frage zunächst nicht um mehr Geld gehe, sondern darum, wie man Forschung organisieren solle. Aus Sicht der Fraktion ist dies nicht über eine Exzellenzinitiative wie die der Bundesregierung zu machen, sondern der bessere Weg sei mehr Wettbewerb. Die Hochschullandschaft der Zukunft werde bestimmt durch mehr Autonomie, mehr Wettbewerb und mehr Eigenverantwortlichkeit. Dies beinhalte, dass Forschung, wie sie derzeit in Deutschland erfolge, nicht mehr möglich sein werde. Es sei ein Konstruktionsfehler, dass auf Kosten der Grundmittel der institutionellen Förderung die Drittmittelforschung organisiert werde. Das Modell der Union folge darauf ab, dass die Hochschulen durch die Drittmittelforschung Geld verdienen und nicht wie bisher zusätzliche Kosten haben. Ob man dies „Vollkostenfinanzierung“ nenne oder „Overhead“ wie in anderen Ländern mit deren hervorragenden Erfahrungen, sei nicht entscheidend.

Die Fraktion der CDU/CSU appelliere an die Fraktion der SPD, sich mit der grundsätzlichen Frage der derzeit in Deutschland betriebenen Forschungsförderung auseinanderzusetzen. Zur Streichung der Eigenheimzulage sollte man ehrlicherweise sagen, dass dieses eine Ausrede sei und stattdessen die Prioritäten im Bundeshaushalt bewusst anders gesetzt werden müssten. Zum Pakt für Forschung sei festzustellen, dass die Präsidenten der Forschungseinrichtungen überrollende Haushalte und mangelnde Planungssicherheit kritisiert hätten. Wenn man den Eliteuniversitäten 1,9 Mrd. Euro zur Verfügung stelle, müsse auch sichergestellt sein, dass dieses Geld richtig eingesetzt sei. Ein nachhaltiger ange-

legter Wettbewerb, der diejenigen belohne, die forschungsstark seien und der somit Exzellenz entstehen lasse, sei der bessere Weg. Es sei zu begrüßen, dass viele Wissenschaftler dem Modell der Vollkostenfinanzierung eines Forschungsoverheads positiv gegenüber stünden. Die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigten, dass dieses Modell sinnvoll sei, wenn man mehr Wettbewerb und Qualität an den Hochschulen in der Breite wolle.

Für die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** sei klar, dass die Hochschulen mehr Geld benötigen. Es sei aber nicht zu erkennen, wie der Antrag bei dem Problem helfen solle. Der Bund wolle eine stärkere Finanzierung. Dazu gebe es die Vorschläge wie den Pakt für Forschung, Eliteuniversitäten, Streichung der Eigenheimzulage. Da dies noch nicht ausreiche, gebe es weitere Vorschläge. Konkrete Vorschläge der Länder und der Union seien aber nicht erkennbar.

Die Koalition sei bereit, dringend benötigtes Geld an die Hochschulen zu geben. Es werde aber durch eine Verweigerungspolitik der Länder mit Hilfe der Föderalismusdebatte zum Schaden der Hochschulen Politik gemacht. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU sei unredlich, weil nicht mitgeholfen werde, das Problem zu lösen.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wird deutlich gemacht, dass die „Overhead“-Finanzierung ein altes Thema der FDP sei. Man habe begrüßt, dass die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Vergangenheit hierzu immer wieder vorstellig geworden sei. Es sei an der Zeit, eine solche Reform durchzuführen.

Am Antrag der Fraktion der CDU/CSU sei allerdings zu kritisieren, dass er bezüglich der Finanzierung unpräzise sei. Die „Overhead“-Finanzierung müsse zusätzlich erfolgen; eine reine Umverteilung helfe nicht.

Berlin, den 9. März 2005

Ute Berg
Berichterstatlerin

Michael Kretschmer
Berichterstatter

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

Ulrike Flach
Berichterstatlerin